

Maximaler Druck

Jahresrückblick 2020. Heute: Syrien. Anhaltende Kämpfe und mit Sanktionen geführter Wirtschaftskrieg verhindern Entspannung und Wiederaufbau

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Nach zehn Jahren Krieg ist in Syrien die militärische Konfrontation einem harten Wirtschaftskrieg gewichen, der von den USA und der EU mit ihren Verbündeten durch einseitig verhängte wirtschaftliche Strafmaßnahmen und das Mitte Juni erlassene US-Caesar-Gesetz geführt wird. Letzteres richtet sich auch gegen Unternehmen, Einzelpersonen und Staaten, die mit Syrien wirtschaftlich und politisch kooperieren.

Flankiert wird dieser Wirtschaftskrieg von zahlreichen Unterstellungen und Anschuldigungen gegen die syrische Regierung mit dem Ziel, diese international zu isolieren. Die Führung um Präsident Baschar Al-Assad wird von syrischen Auslandsoppositionellen und deren westlichen Gastländern in Medien, Büchern, Dokumentationen, Artikeln und Interviews mit Anklagen und Gerichtsverfahren konfrontiert, um die öffentliche Meinung im Westen negativ zu beeinflussen.

Im UN-Sicherheitsrat war das Jahr 2020 von Konflikten zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland (nichtständiges Sicherheitsratsmitglied) auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite geprägt. Moskau war dabei immer wieder Vorwürfen seitens Berlins ausgesetzt, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, darunter den Einsatz von chemischen Waffen durch Syrien, zu decken und mitzuverantworten.

Kämpfe im Norden

Bewaffnete Konflikte finden vor allem im Nordosten des Landes statt, wo die von Kurden geführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) mit dschihadistischen und von der Türkei unterstützten bewaffneten Einheiten um Einfluss kämpfen. Insbesondere geht es um die Kontrolle der wichtigen Ost-West-Verbindung, die Autobahn »M 5«, die Aleppo mit dem irakischen Mossul verbindet. Die SDK werden von der US-Armee unterstützt, die weiterhin die syrischen Öl- und Gasvorkommen kontrolliert. Die dauerhafte Bedrohung durch die Türkei lassen die SDK trotz Kooperation mit der US-Armee und europäischen Staaten wie Frankreich und Deutschland ebenfalls mit Russland und der syrischen Armee und Regierung verhandeln. Russisches und syrisches Militär ist in Manbidsch, Kobani (arabisch: Ain Al-Arab), Ain Issa, Kamischli und Hasaka im Nordosten des Landes präsent. Unter russischer Kontrolle wurde nach langen Verhandlungen ein Teil der Autobahn »M 5« für den Zivilverkehr freigegeben.

In dem Gebiet der nordwestlichen Provinz Idlib leben rund 1,5 Millionen Inlandsvertriebene, teilweise in Lagern. Versorgt werden sie mit Hilfsgütern über einen Grenzübergang aus der Türkei. Diese werden von internationalen Organisationen und verschiedenen Staaten unter dem Dach der UNO in das Gebiet geliefert.

Anschläge und gezielte Luftschläge der US-Luftwaffe finden sporadisch in Idlib statt. Im nördlichen Teil der Provinz hat sich – von der Türkei und Katar unterstützt – eine »Heilsregierung« von Haiat Tahrir Al-Scham, einer dschihadistischen Miliz, die sich Al-Qaida zugehörig fühlt, etabliert. Ende 2019 war dort nach offiziellen US-Angaben der Anführer des »Islamischen Staates«, Abu Bakr Al-Baghdadi, getötet worden. Eine Offensive der syrischen Streitkräfte Anfang des Jahres führte zu einer

deutlichen Aufstockung türkischer Soldaten, zeitweise bis zu 20.000 Mann. Deren Nähe zu den Dschihadisten, die von Syrien bekämpft werden, führte zu einer direkten Konfrontation zwischen syrischen und türkischen Truppen. Seit Anfang März 2020 besteht eine von Russland vermittelte Waffenruhe.

Ein Ziel der syrischen Offensive war, die strategisch wichtige Verkehrsverbindung zwischen Latakia und Aleppo, die »M 4«, unter Kontrolle zu bringen. Inzwischen wird diese Autobahn von türkisch-russischen Militärpatrouillen gesichert, für den zivilen Verkehr ist die Straße nicht freigegeben. Im Oktober 2020 begann die Türkei einige ihrer Militärposten, die sogenannten Beobachtungsposten, in Gebieten zu räumen, die wieder vollständig unter syrischer Kontrolle sind.

Fehlender Marktzugang

Die Wirtschaftskrise, die Folge von Krieg, Sanktionen, Schwarzhandel und Korruption ist, hat die Lage der Bevölkerung in der zweiten Jahreshälfte extrem verschärft. Der notwendige Wiederaufbau wird durch die EU und die USA verhindert. Deren Sanktionen verweigern Syrien den Zugang zum internationalen Markt und verhindern potentielle Auslandsinvestitionen im Land durch Androhung von Strafmaßnahmen. Selbst der Handel mit den Nachbarländern Irak, Jordanien und Libanon wird durch das US-Caesar-Gesetz de facto gestoppt.

Unklar ist, ob unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden die erdrückenden Maßnahmen gegen Syrien im kommenden Jahr gelockert werden. Für Donald Trump und dessen Außenminister Michael Pompeo waren die Sanktionen Teil einer »Politik des maximalen Drucks gegen den Iran«. Biden scheint diesbezüglich zu neuen Gesprächen mit Teheran bereit.

Die Besetzung und Plünderung der natürlichen Ressourcen im Nordosten des Landes (Rohöl und Gas) wurden im Juli mit einem Abkommen zwischen dem US-amerikanischen Ölunternehmen Delta Crescent Energy LLC und der politischen SDK-Führung institutionalisiert. Washington hatte beide Seiten dazu ermuntert. Das Abkommen sieht den Bau einer 150 Millionen US-Dollar teuren Raffinerie vor. Der Vertrag bezieht sich auf die Ölfelder in Rmeilan, Tel Hamees und Tel Brak. Die syrische Regierung kritisierte das Abkommen scharf als »Diebstahl« und Bruch des Völkerrechts.

Der mit Waffengewalt seitens der US-Armee verhinderte Zugang Syriens zu den Ölfeldern führt im Rest des Landes zu einer Knappheit und Verteuerung von Benzin, Heizöl und Kochgas. Einfuhren aus Drittstaaten wie Venezuela, dem Iran oder Russland werden von der EU und den USA durch deren Sanktionen fast vollständig verhindert. Selbst der Libanon wird von Washington unter Druck gesetzt, keine Öllieferungen nach Syrien durchzuführen, die in libanesischen Häfen gelöscht wurden.

Zwei Seiten einer Medaille

Mit der Explosion im Hafen von Beirut am 4. August ist für Syrien wie für den Libanon eine wichtige (Über-)Lebensader zerstört worden. Betroffen sind nicht nur beide Staaten, sondern auch internationale Hilfsorganisationen, die – wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz – im Hafen unter anderem Weizenreserven für Syrien gelagert hatten.

Zusätzlich belastet hat das Land im Jahr 2020 die Covid-19-Pandemie. Der wiederholte Aufruf von UN-Generalsekretär António Guterres an die reichen Industrienationen USA und in der EU, angesichts der gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung ihre einseitigen Sanktionen gegen Syrien zu lockern oder aufzuheben, wurde auch von Deutschland ignoriert. Washington und Brüssel

weisen jede Verantwortung für den wirtschaftlichen Mangel in Syrien zurück und verweisen auf ihre hohen finanziellen Spenden für internationale und private Hilfsorganisationen, die Bedürftige in Lagern mit Hilfspaketen versorgen. In Syrien sieht man die humanitäre Hilfe und die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen als zwei Seiten einer Medaille.

(Quelle: Junge Welt, Berlin, 21.12.2020, Seite 7 / Ausland)